Seewald Verlag, Stuttgart 1977, 420 S., DM 29,80 (Zeitpolitische Schriftenreihe 18). Aus dem Amerikanischen von Rolf Geyer. Titel der Originalausgabe: *Communist Regimes in Eastern Europe*. Hoover Institution Press 1977.

Es handelt sich um die dritte Ausgabe des auf den neuesten Stand gebrachten Werkes, das zum erstenmal im Jahre 1967 erschienen ist und dessen Charakter eines nach amerikanischen Maßstäben zugeschnittenen Handbuches durch zahlreiche Tabellen (insgesamt 65), zwei Übersichten und eine umfangreiche Bibliographie unterstrichen wird.

Die ersten acht Kapitel behandeln in alphabetischer Reihenfolge acht Länder, die der Verfasser als osteuropäische Länder unter kommunistischer Herrschaft bezeichnet: Sozialistische Volksrepublik Albanien, Volksrepublik Bulgarien, Deutsche Demokratische Republik, Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, Polnische Volksrepublik, Sozialistische Republik Rumänien, Tschechoslowakische Sozialistische Republik, Ungarische Volksrepublik, wobei der Umfang dieser Kapitel zwischen 25 (Ungarn) und 44 (Jugoslawien) Druckseiten liegt. Jedes Kapitel beschreibt in erster Linie die Regierungs-, Verwaltungs- und Verfassungsstruktur einschließlich der Wahlbestimmungen, die herrschende Partei, die Innenpolitik (darunter fallen auch Industrie, Landwirtschaft, Erziehungswesen, Verhältnis zwischen Staat und Kirche u. ä.) und die Außenpolitik, bzw. äußeren Angelegenheiten. Dieses Schema wird zwar bei jedem Land im Grunde beibehalten, jedoch jeweils modifiziert, denn der Autor ist bestrebt, bei dem jeweiligen Land die Einzigartigkeit seiner historischen Entwicklung, die spezifischen Züge seiner Verwandlung in ein kommunistisches Regime oder andere, das betroffene Land charakterisierende Umstände darzustellen und hervorzuheben.

Die letzten drei Kapitel behandeln Osteuropa (oder das, was der Verfasser unter

Osteuropa versteht) als Ganzes: da werden die militärische Integration, der Warschauer Pakt (Kap. 9), die wirtschaftliche Integration, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW - Comecon, Kap. 10) und die Parteibeziehungen innerhalb des Blocks (Kap. 11; darunter fallen allerdings u. a. auch Minderheiten- und innere Nationalitätenprobleme) erläutert.

Den Mangel des sonst sorgfältig geschriebenen Werkes, in dem faktische fehlerhafte Angaben kaum zu finden sind (was bei dem Umfang der Problematik und der Fülle der Materie schon an sich eine große Leistung ist), sehe ich im gewissen begrifflichen Durcheinander und dem fehlenden Versuch einer Typologie.

„Osteuropa“ wurde während der letzten 30 Jahre zum politischen Begriff, von Mittel- oder Zentraleuropa sprechen nur noch Meteorologen und Geographen, daran ist kaum etwas zu ändern. R. F. Staar ist im Umgang mit diesem Begriff so konsequent, daß er die Tschechoslowakei *vor dem Zweiten Weltkrieg* als „das wohlhabendste und demokratischste osteuropäische Land“ bezeichnet. Das könnte sich wohl mit den Worten „der jetzigen osteuropäischen Länder“ noch verbessern lassen; darf man aber Jugoslawien und Albanien in Osteuropa einordnen? Dieser Zweifel verstärkt sich durch den Umstand, daß die beiden Länder dem Ostblock (d. h. dem Sowjetblock) nicht mehr zugerechnet werden können: Jugoslawien seit dem Jahre 1948, als der Ostblock erst im Entstehen war, Albanien seit Anfang der sechziger Jahre. Albanien gehört seit Ende 1962 faktisch nicht mehr zu den Mitgliedstaaten des RGW, obwohl es weder ausgeschlossen wurde, noch formell ausgetreten ist; den Warschauer Pakt hat es jedoch 1968 offiziell verlassen (bei Staar unerwähnt). Deswegen kann man auch der Behauptung nicht zustimmen. Albanien sei „Verstärker blockinterner Mißhelligkeiten“ (S. 40). Was Jugoslawien betrifft, sagt zwar der Verfasser: „es gehört formell nicht zum Sowjetblock“ (S. 367), ist jedoch versucht, implizit „die große Vorliebe Jugoslawiens für ein Bündnis mit der Sowjetunion“ (S. 140) als unzweifelhaft darzustellen, und widmet der Stellung Jugoslawiens in der Gemeinschaft der sog. blockfreien Länder kaum Aufmerksamkeit (einen Absatz auf S. 147 f.).

Ein verbindendes Kapitel, in dem die Regierungssysteme in Ost- und Südosteuropa typologisch analysiert, ihre gemeinsamen Züge verallgemeinert und Unterschiede verglichen werden, vermisse ich im vorliegenden Buch am meisten. Dann nämlich würde auch die Frage entfallen, warum z. B. der „demokratische Zentralismus“ nur im Kapitel über Polen ausführlicher behandelt wird, obwohl er einer der Grundzüge der Systeme dieses Typs ist. Man könnte dann verschiedene Reformversuche oder krisenhafte Perioden in einzelnen kommunistisch regierten Ländern auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen versuchen, oder zumindest ausführlicher behandeln (der sog. Prager Frühling wird im Kapitel Tschechoslowakei nur in einem längeren Absatz im Abschnitt „Verwaltungsprobleme“ erwähnt) und zu dem häufig gebrauchten Terminus „Totalitarismus“ seine Meinung sagen, was der Verfasser ganz vermieden hat.